

### *Entscheidungsfindung im Interesse des Kindes und seiner Familie*

Von prinzipieller Bedeutung ist, daß in den zurückliegenden Jahren die wirksame staatliche Hilfe und Unterstützung für Familien mit gefährdeten Kindern und Jugendlichen als Grundanliegen sozialistischer Jugendhilfe ausgestaltet wurde. Dieses Grundanliegen ist zutiefst humanistisch, weil im Vordergrund Maßnahmen der Erziehungshilfe für diese Familien stehen, damit sie ihrer Verantwortung besser gerecht werden und die Fehlentwicklung der Kinder überwunden wird.

Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in einem Kinderheim oder Jugendwerkhof erfolgt nur dann, wenn es trotz umfassender staatlicher und gesellschaftlicher Hilfe und Unterstützung nicht gelingt, ungünstige familiäre Lebensverhältnisse zu ändern, falsche erzieherische Grundhaltungen von Eltern zu korrigieren und sie zur Erziehung ihrer Kinder zu befähigen. Audi in den Fällen, in denen die sich ausprägende Schwererziehbarkeit bzw. die Gefährdung der Entwicklung des Kindes oder Jugendlichen die Herausnahme aus der Familie notwendig macht, ist eine anschließende Bildung, Erziehung und Betreuung in einem Heim in der Regel als zeitlich begrenzte Maßnahme zu realisieren. Während dieser Zeit erfährt die Familie weitere konkrete Unterstützung und Hilfe zur Wiederherstellung ihrer Erziehungstüchtigkeit.

Die Führung und Kontrolle solcher konkret auf den Einzelfall bezogener Prozesse der gesellschaftlichen Hilfe und Einflußnahme obliegt der Verantwortung der Referate Jugendhilfe der Räte der Kreise, der Jugendhilfekommissionen und Jugendhilfeausschüsse. Es ist ein bedeutsames Ergebnis der Entwicklung sozialistischer Jugendhilfe, daß sich die Organe der Jugendhilfe vor allem auf Schulen, Betriebe, gesellschaftliche Kräfte im Wohngebiet und auf die verschiedenen Bereiche örtlicher Räte stützen können, um im konkreten Fall eine wirkungsvolle Erziehungshilfe durch kompetente Vertreter dieser Institutionen leisten zu können.<sup>2,3</sup>

Die Organe der Jugendhilfe sind bemüht, ihre Entscheidungen so zu qualifizieren, daß Persönlichkeitsentwicklung und Lebensweg der betreffenden Kinder und Jugendlichen in deren Interesse und bei Beachtung der Rechte der Eltern gesichert werden. Rechtzeitige, konsequente und wirksame Maßnahmen, differenzierte und dem Einzelfall bzw. der konkreten Situation des Kindes angepaßte Entscheidungen, strikte Wahrung der Gesetzlichkeit, überzeugende Begründung und Erläuterung dieser Entscheidungen und eine bürgernahe Arbeitsweise haben sich als bedeutsame Maßstäbe für die Wertung der Arbeit der Organe der Jugendhilfe erwiesen. Künftig unterliegen eine Reihe von Jugendhilfeentscheidungen einer gerichtlichen Nachprüfung.<sup>4</sup> Für die Bürger ist das eine zusätzliche juristische Garantie dafür, daß die Organe der Jugendhilfe ihre Entscheidungen mit hoher Qualität treffen.

### *Führung des Lebensweges elternloser und familiengelöster Kinder und Jugendlicher durch das Jugendhilfeorgan*

Das Wesen der staatlichen Verantwortung gegenüber elternlosen bzw. familiengelösten Kindern besteht darin, die nötige Fürsorge und Erziehung, die in der eigenen Familie fehlte, durch Anordnung der Familienerziehung in einer anderen Familie zu gewährleisten. Die Aufnahme des Kindes oder Jugendlichen in eine andere Familie, die familienrechtliche Sicherung durch Pflegschaft oder durch spätere Adoption hat Priorität. Nur wenn das aus bestimmten Gründen nicht oder noch nicht möglich ist, tritt für diese Kinder die Heimerziehung an die Stelle der Familienerziehung. Daraus ergibt sich u. a. ein wachsender Anspruch an die Führung des Vormundschaftswesens unter Verantwortung der Referate Jugendhilfe.

Es kommt darauf an, für jeden elternlosen bzw. familiengelösten Minderjährigen zu gewährleisten, daß die für den künftigen Lebensweg bedeutsamen Maßnahmen und Ent-

scheidungen mit den Beteiligten (z. B. Verwandten oder interessierten Bürgern) beraten werden, die Minderjährigen ihrem Alter und ihrer geistigen Reife entsprechend einbezogen werden und mit Erreichung der Volljährigkeit die soziale, materielle, wohnungsmäßige und berufliche Sicherstellung garantiert ist. Bei der Vermittlung elternloser bzw. familiengelöster Minderjähriger in andere Familien geht es darum, mit äußerster Gewissenhaftigkeit geeignete Eltern auszuwählen und die dafür erforderlichen familienrechtlichen Voraussetzungen zu prüfen, feinfühlig und taktvoll Hilfe im Prozeß der Anbahnung, Entwicklung und Festigung des Eltern-Kind-Verhältnisses zu geben und Entscheidungen über die sinnvolle familienrechtliche Ausgestaltung zu treffen.

All das erfordert, die Vormundschaftsräte als wirksame kollektive Organe staatlicher Aufsicht und Kontrolle über die Führung des Lebensweges elternloser und familiengelöster Minderjähriger weiterzuentwickeln.

### *Unterstützung für Familien mit gefährdeten Kindern*

Die Familie ist für die Kinder in allem, was besonders ihre Bildung und Erziehung betrifft, eine durch nichts und niemanden zu ersetzende Gemeinschaft. Sie erfährt umfassende staatliche Förderung und großzügige soziale Unterstützung. Die Organe der Volksbildung und des Gesundheits- und Sozialwesens richten, unterstützt von den Arbeitskollektiven in den Betrieben, ihre Aufmerksamkeit in erster Linie darauf, daß die Familien ihrer Erziehungsverantwortung gemäß Art. 38 Abs. 4 der Verfassung im engen Vertrauensverhältnis mit den staatlichen Einrichtungen (Krippe, Kindergarten, Schule, Ausbildungsbetrieb) gerecht werden. Die Erfahrungen beweisen, daß ein gutes Zusammenwirken in Erziehungsfragen zwischen Eltern und Pädagogen sowie rechtzeitige Hilfe und Unterstützung für die Familien ein wirksamer Weg ist, um Erziehungsschwierigkeiten zu überwinden und Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen zu begegnen, d. h. Fehlentwicklungen vorzubeugen oder sie zu verhindern.

Unabdingbare Voraussetzungen für die Überwindung von Gefährdungserscheinungen bei Kindern bzw. bei Jugendlichen und für die Wiederherstellung der Erziehungstüchtigkeit von Familien sind das rechtzeitige Erkennen der Problemfälle, schnelles Reagieren und zielgerichtetes Handeln durch Schule bzw. Kindergarten oder Kinderkrippe. Wie die Erfahrung zeigt, ist die differenzierte Mitwirkung gesellschaftlicher Kräfte, so der Hausgemeinschaft und anderer Bürger im Wohngebiet, der Arbeitskollektive der Eltern wie auch der Vertreter von Massenorganisationen, und die verantwortungsvolle Mitarbeit von Abgeordneten wesentlich für eine wirksame Unterstützung gegenüber sozial gefährdeten Familien mit Minderjährigen.

Wenn Kinder oder Jugendliche in ungünstigen Familienverhältnissen leben, dann gilt es für staatliche Organe und gesellschaftliche Kräfte, frühzeitig und konsequent zu handeln. Die zu späte Einleitung notwendiger Maßnahmen im Interesse der Entwicklung von Kindern oder das Hinauszögern von Anträgen auf Erziehungshilfe behindern die rechtzeitige wirksame Einflußnahme der Organe der Jugendhilfe. Es sind solche Bürger für die Mitarbeit zu gewinnen, die ein Vertrauensverhältnis zu den hilfebedürftigen Eltern und Minderjährigen besitzen oder es aufbauen können und die bereit sind, auf längere Zeit zielstrebig auf die Entwicklung positiver erzieherischer Grundhaltungen, Einstellungen und Erziehungsverhältnisse in diesen Familien Einfluß zu nehmen.

Führung und Kontrolle solcher konkret auf den Einzelfall bezogener Maßnahmen der gesellschaftlichen Hilfe und

<sup>2</sup> Vgl. hierzu z. B. M. Boese, „Sicherung einer hohen Wirksamkeit der Vorbeugung und Bekämpfung der Jugendkriminalität“, NJ 1987, Heft 10, S. 420.

<sup>3</sup> Gesetz über die Zuständigkeit und das Verfahren der Gerichte zur Nachprüfung von Verwaltungsentscheidungen vom 14. Dezember 1988 (GBl. I Nr. 28 S. 327) und Ziff. 6 der Anlage zur AnpassungsVO zu diesem Gesetz vom 14. Dezember 1988 (GBl. I Nr. 28 S. 330).